



Afghanistan: Update

Die aktuelle Sicherheitslage

Corinne Troxler Gulzar

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Bern, 11. August 2010

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7



MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES

Angaben zur Autorin: Corinne Troxler Gulzar hat an der Universität Zürich Geschichte, Politikwissenschaft und Völkerrecht studiert. Sie verfügt über langjährige Erfahrung als Hilfswerkvertreterin im Asylverfahren. Im Rahmen eines Praktikums verfasste sie für die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH Themenpapiere, Gutachten und Auskünfte. Vom August 2006 bis April 2008 arbeitete sie als Assistentin am Historischen Seminar der Universität Luzern, wo sie unter anderem auch Veranstaltungen zur Geschichte Afghanistans durchführte. Sie reiste in den letzten Jahren mehrmals nach Afghanistan und nahm unter anderem an zwei *Fact Finding Missions* teil: vom 27. Oktober bis 2. November 2006 und 21. bis 30. September 2007. Im Rahmen dieser traf sie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Afghanistan. So fanden beispielsweise längere Gespräche mit den Provinzgouverneuren von Balkh, Samangan, Parwan und Kunduz sowie dem Parlamentspräsidenten Junus Khanuni statt. In eigenständiger Feldforschung ergänzte sie die Eindrücke und setzte sich unter anderem intensiv mit der Lage der Frauen auseinander. Daneben lernte sie an den Universitäten Zürich und Bern sowie in Afghanistan und Iran Persisch und Dari.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

AUTORIN

Corinne Troxler Gulzar

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2010  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Lage	1
3	Sicherheitslage	4
4	Verfassung und Justizsystem.....	11
5	Menschenrechtslage: Gefährdungsprofile	13
6	Sozioökonomische und medizinische Lage	16
7	Rückkehr	19

1 Einleitung

Neun Jahre nach dem Fall des Talibanregimes wirbt der afghanische Präsident für Gespräche mit den Taliban sowie für deren Wiedereingliederung in die afghanische Gesellschaft. Nachdem die internationale Staatengemeinschaft in Afghanistan militärisch weitgehend gescheitert ist, steht sie einer politischen «Lösung» immer offener gegenüber und ist bereit, die Wiedereingliederung der Taliban zu finanzieren. Die Namen fünf ehemaliger Taliban-Funktionäre hat die internationale Gemeinschaft bereits von der UNO-Terroristenliste gestrichen; sie gehen straffrei aus. Einmal mehr leidet darunter die Bevölkerung, die erneut um Gerechtigkeit betrogen wird.

Die afghanische Regierung sowie die internationale Staatengemeinschaft haben sich trotz langjähriger Präsenz als unfähig erwiesen, die Probleme, welche den Taliban in den 1990er-Jahren zur Macht verholpen haben, zu beseitigen. Für die meisten Menschen in Afghanistan hat sich weder die Sicherheitslage noch der Zugang zu Arbeit, Gesundheit und Bildung wesentlich verbessert.¹ Nach den massiven Wahlmanipulationen bei den Präsidentschaftswahlen im August 2009 hat die Regierung weiter an Legitimität verloren. Die Bevölkerung bringt ihr zudem wegen der noch stärker verbreiteten Korruption, den nicht besser werdenden Lebensbedingungen und dem Mangel an Fortschritt im Bereich des Justizwesens kaum mehr Vertrauen entgegen.² In vielen Dörfern und Städten steigt «die Frustration über die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung, kommunale Dienstleistungen sicherzustellen».³

Bestimmte Personengruppen müssen Verfolgung befürchten und sind daher auf internationalen Schutz angewiesen. Zudem können weiterhin bestimmten verletzlichen Personengruppen im Falle einer Rückkehr Gefahren für ihre Gesundheit und ihr körperliches Wohlergehen drohen.

Dieses Update schliesst an das Update vom August 2009 an. Im Vordergrund stehen insbesondere die Sicherheitslage sowie die Situation von RückkehrerInnen.

2 Politische Lage

Die *Afghanistan National Development Strategy (ANDS)* wird nach wie vor zu 90 Prozent durch die internationale Staatengemeinschaft finanziert. Rund drei Viertel des Geldes geht jedoch nicht an die afghanische Regierung, was dieser die Verfolgung einer nachhaltigen Entwicklung wesentlich erschwert.⁴ In den Provinzen herrschen vielerorts noch immer die alten, korrupten und in kriminelle Machenschaften verstrickten lokalen Machttäger.⁵

¹ Norwegian Refugee Council (Internal Displacement Monitoring Centre), Armed conflict forces increasing numbers of Afghans to flee their homes, 15. April 2010: www.internal-displacement.org.

² Human Rights Watch, Afghanistan – Country Summary, Januar 2010: www.hrw.org.

³ Focus online, Karsai besucht ehemalige Taliban-Hochburg, 7. März 2010: www.focus.de.

⁴ Weltbank, Afghanistan: Public Expenditure Review, April 2010: www.worldbank.org.

⁵ NZZ, Gemischte Bilanz in Helmand, 23. März 2010, S. 5.

Im Rahmen der **Präsidentenwahlen** vom 20. August 2009 kam es zu massiven Wahlmanipulationen: Fast ein Viertel der Stimmen musste für ungültig erklärt werden. Nachdem die von Karzai-Herausforderer Abdullah Abdullah gesetzten Bedingungen für eine Stichrunde nicht erfüllt wurden, zog sich dieser vom zweiten Wahlgang zurück. Karzai musste seine zweite Amtszeit mit einer schwachen demokratischen Legitimation antreten. Die stark umstrittenen Wahlen haben das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die Demokratie zerstört und auch das Engagement der internationalen Staatengemeinschaft in Frage gestellt. Gemäss *International Crisis Group* war der Wahlbetrug eine direkte Konsequenz des Scheiterns des Aufbaus von funktionierenden Regierungsinstitutionen.⁶

An der **Afghanistankonferenz in London** vom 28. Januar 2010, an der über 70 Länder und Organisationen teilnahmen, setzte die internationale Staatengemeinschaft drei Prioritäten: Der massive Ausbau der afghanischen Sicherheitskräfte, die schrittweise Abgabe der Verantwortung an diese und damit der langsame Abzug der internationalen Truppen sowie die Schaffung eines Fonds zur Finanzierung der Wiedereingliederung ehemaliger Angehöriger der Taliban, des so genannten *Peace and Reintegration Trust Fund*. Während letzterer von der internationalen Staatengemeinschaft begrüsst wurde und sich die Geberländer bereit erklärten, für das erste Jahr rund 140 Millionen US-Dollar dafür zur Verfügung zu stellen, hat dieser Plan in der afghanischen Bevölkerung und bei NGOs heftige Proteste ausgelöst.⁷ Die Taliban haben den Fonds zurückgewiesen und erklärt, ihre Kämpfer seien nicht käuflich.⁸

An der **Friedens-Jirga** in Kabul vom 2. bis 4. Juni 2010 versuchte Karzai, die regionalen Machthaber für die Wiedereingliederung Angehöriger regierungsfeindlicher Gruppierungen zu gewinnen: einfachen Mitgliedern soll Straffreiheit zugesichert werden, wenn sie bereit sind, die Waffen niederzulegen. Höheren Funktionären soll der Gang ins Exil ermöglicht werden.⁹ Weiter soll die UNO die Namen zahlreicher Angehöriger regierungsfeindlicher Gruppierungen von der Liste gesuchter Terroristen streichen.¹⁰ Weder Vertreter der Taliban noch Delegierte der Hezb-e Islami oder des Haqqani-Netzwerkes waren indessen eingeladen. Während die Nato-Staaten die Friedens-Jirga unterstützten,¹¹ lehnten weite Teile der afghanischen Bevölkerung die

⁶ Die Glaubwürdigkeit der UNO wurde von Streitigkeiten des Delegierten der UNAMA, Peter Galbraith, und dem Sondergesandten für Afghanistan, Kai Eide, darüber, wie auf den Wahlbetrug reagiert werden sollte, überschattet. Nachdem Galbraith Eide beschuldigt hatte, das Ausmass des Betrages herunterzuspielen, wurde dieser entlassen. Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010. International Crisis Group, Afghanistan: Elections and the Crisis of Governance, Asia Briefing Nr. 96, 25. November 2009, S. 1–15: www.crisisgroup.org/en/regions/asia/south-asia/afghanistan/B096-afghanistan-elections-and-the-crisis-of-governance.aspx.

⁷ Gemäss Abdullah Abdullah, dem Herausforderer Karzais bei den Präsidentenwahlen, könnte die Wiedereingliederung der Taliban die Demokratie untergraben und zu Spannungen zwischen den Ethnien führen. Die Ideologie der Taliban sei nicht für, sondern gegen die Demokratie. UNAMA, The Communique of the London Conference on Afghanistan, 28. Januar 2010: <http://unama.unmissions.org>. Kai Eide, der ehemalige UNO-Sondergesandte für Afghanistan, warnte davor, dass dieser Plan zu Ressentiments in der Bevölkerung sowie zur Verhärtung des Widerstandes führen könnte. EurasiaNet, Loyal political opposition feeling left out in the cold, 18. Februar 2010: www.unhcr.org. UN News Service, Top UN envoy to Afghanistan calls for greater political effort to end conflict, 23. Februar 2010: www.unhcr.org.

⁸ NZZ online, Raketen auf die Friedensverhandlungen, 2. Juni 2010: www.nzz.ch. Focus online, Karzai plant Friedenskonferenz und Truppenabzug, 28. Januar 2010: www.focus.de.

⁹ Spiegel online, Karzai plant Friedensschluss mit Taliban, 15. Mai 2010: www.spiegel.de.

¹⁰ AFP, Vereinte Nationen überprüfen afghanische «Terrorliste», 13. Juni 2010: <http://google.com>. Welt online, Afghanistan wird zum Albtraum des Westens, 13. Juni 2010: www.welt.de.

¹¹ Quqnoos, NATO Supports Afghan Peace Jirga, 21. April 2010: <http://quqnoos.com>.

Jirga ab, darunter auch der prominenteste Oppositionsführer Afghanistans, Abdullah Abdullah.¹²

Die **Gespräche mit den Taliban** kamen seit August 2009 nur schleppend voran, da sich die Taliban in einer Position der Stärke befinden und nicht unter Zeitdruck stehen. Nachdem Karzai öffentlich eine konservativere Auslegung der Verfassung unterstützt, scheint der Forderung der Taliban nach einer Islamisierung der Gesetzgebung nicht mehr so viel im Wege zu stehen. Bereits im Juni 2009 prophezeite Antonio Giustozzi, Karzai werde sich nach den Wahlen den konservativen Gruppierungen nähern, welche den grösseren Teil der politischen Arena ausmachen, und sich eine eigene politische Basis bauen. Der Westen steht dem gegenüber relativ machtlos da. Die Gespräche mit Delegierten der Hezb-e Islami zeigten Resultate: Ghairat Bahir, Hekmatyars Schwiegersohn, wurde von der afghanischen Regierung freigelassen.¹³ Ende Juni 2010 fanden auch Gespräche mit Serajuddin Haqqani statt.¹⁴

Die *International Crisis Group* warnt davor, aus einer Position der Schwäche mit den Taliban zu verhandeln. Unter diesen Bedingungen seien «Versöhnung und Wiedereingliederung» weder ein Weg für einen stabilen Frieden noch stellten sie eine Exit-Strategie dar. Es bestehe die Gefahr, dass das Land in ein noch grösseres Chaos gestürzt werden könnte.¹⁵

Afghanistans Nachbarstaaten pflegen inzwischen nicht mehr nur Kontakte zur afghanischen Regierung, sondern auch zu regierungsfeindlichen Gruppierungen, die möglicherweise nach dem Abzug der ausländischen Truppen an Macht gewinnen werden. Neben der starken Verflechtung der pakistanischen Regierung und des Geheimdienstes *Inter-Services Intelligence (ISI)* mit den Taliban ist inzwischen bekannt, dass die iranische Regierung Netzwerke zur bewaffneten Opposition der afghanischen Regierung, inklusive zu einigen ausgewählten Taliban-Kommandanten, sowie vermutlich zu Hekmatyars Gruppierung, aber auch zur Jamiat-e Islami im Norden und zu den schiitischen Geistlichen bildete.¹⁶ Iran bildet offensichtlich auch Kämpfer aus.¹⁷

An der **Konferenz in Kabul** vom 20. Juli 2010 wurde beschlossen, den Abzug der internationalen Truppen im Juli 2011 zu beginnen und die Verantwortung bis 2014 schrittweise afghanischen Händen zu übergeben. Rund 36'000 ehemalige Angehörige regierungsfeindlicher Gruppierungen sollen in die afghanischen Streitkräfte integriert werden.¹⁸

¹² Quqnoos, Dr. Abdullah Will Not Attend Afghan Peace Jirga, 2. Juni 2010: <http://quqnoos.com>.

¹³ Gegen eine Einbindung Hekmatyars spricht jedoch seine Unpopularität und die gegen ihn gerichtete feindliche Haltung weiter Teile der afghanischen Sicherheitskräfte. Antonio Giustozzi, Afghanistan: Getting worse before getting better?, Writenet – independent analysis, Juni 2009, S. 6, 15–17.

¹⁴ Quqnoos, Afghan, Haqqani Network's Secret Talks, 27. Juni 2010: <http://quqnoos.com>.

¹⁵ International Crisis Group, A Force in Fragments: Reconstituting the Afghan National Army, Asia Report Nr. 190, 12. Mai 2010, S. ii: www.unhcr.org/refworld/pdfid/4bf0e6862.pdf.

¹⁶ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better?, Juni 2009, S. 8.

¹⁷ NZZ, Afghanistan als Hinterhof für seine Nachbarn, 23. Juni 2010, S. 7.

¹⁸ Financial Times Deutschland, Neue Chance für Afghanistan, 20. Juli 2010: www.ftd.de. NZZ, Kabul soll selbst für Sicherheit sorgen, 21. Juli 2010, S. 3. Die meisten afghanischen Militärführer sind gegen diese Pläne. International Crisis Group, A Force in Fragments, S. 26.

Parlamentswahlen. Die Parlamentswahlen sind für den 18. September 2010 geplant. In unsicheren Gebieten werden sie jedoch nicht abgehalten.¹⁹

General Petraeus trat im Juni 2010 die Nachfolge des ISAF-Kommandeurs und US-Forces-Generals, McChrystals, an, nachdem sich dieser abfällig über US-amerikanische Regierungsmitglieder geäußert hatte. Eine Strategieänderung ist wenig wahrscheinlich.²⁰

3 Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich das fünfte Jahr in Folge verschlechtert. Während 2008 pro Monat im Durchschnitt 741 Gewaltakte verzeichnet wurden, waren es 2009 960. Im Januar 2010 sind diese im Vergleich zum Vorjahr erneut um 40 Prozent gestiegen.²¹ Gemäss *United States Department of State* sind die afghanischen Sicherheitskräfte auch Ende Mai 2010 nur sehr beschränkt in der Lage, die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung zu garantieren. Kein Ort gelte als sicher.²²

Seit August 2009 sind folgende Entwicklungen zu erkennen: Erstens richten die regierungsfeindlichen Gruppierungen ihren Fokus nach der geografischen Ausbreitung auf die qualitative Verbesserung ihrer Anschläge.²³ Zweitens wagen sie inzwischen auch Anschläge auf gut gesicherte Ziele und befinden sich in einer Position der Stärke.²⁴ Drittens gilt die Nato-Grossoffensive im Süden des Landes als gescheitert.²⁵ Viertens sprechen die Nato-Staaten inzwischen offen über einen baldigen Truppenabzug.²⁶ Fünftens erfolgt eine «Entterrorisierung» Angehöriger der Taliban: Nachdem die internationale Staatengemeinschaft Gespräche mit «Terroristen» abgelehnt hatte, will sie nun Angehörigen regierungsfeindlicher Gruppierungen Straffreiheit gewähren und deren Wiedereingliederung finanzieren.²⁷

¹⁹ UN News Service, Delay to Afghan polls will ensure better preparations, UN envoy says, 24. Januar 2010: www.unhcr.org. UNAMA, Communiqué of the London Conference, 28. Januar 2010. Quqnoos, No Election in the Restive Afghan Parts, 23. April 2010: <http://quqnoos.com>.

²⁰ NZZ, Schlaglicht auf den Verlauf des Krieges in Afghanistan, 25. Juni 2010, S. 3.

²¹ General Assembly Security Council, The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security, 10. März 2010, S. 7: <http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/SG%20Reports/march172010-SG%20AFGHANISTAN%20REPORT.pdf>.

²² US Department of State, Bureau of Consular Affairs, Travel Warning: Afghanistan, 25. Mai 2010 (unverändert gültig bis 28. Juli 2010): http://travel.state.gov/travel/cis_pa_tw/tw/tw_2121.html.

²³ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 17.

²⁴ Sie wagten beispielsweise am 18. Mai 2010 einen Bombenanschlag in Kabul in der Nähe mehrerer Regierungsgebäude (NZZ online, Tote bei Selbstmordanschlag in Kabul, 18. Mai 2010: www.nzz.ch) oder auf die wichtigsten US- beziehungsweise Nato-Stützpunkte in Bagram und Kandahar (NZZ online, Taliban-Angriff auf US-Stützpunkt in Afghanistan, 19. Mai 2010: www.nzz.ch). Focus online, Taliban greifen wichtigsten Nato-Stützpunkt in Afghanistan an, 23. Mai 2010. Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 6.

²⁵ International Council on Security and Development (ICOS), Operation Moshtarak: Lessons Learned, März 2010: www.icosgroup.net/documents/operation_moshtarak.pdf. NZZ, Gemischte Bilanz in Helmand, 23. März 2010, S. 5.

²⁶ Anfang August 2010 zogen die Niederlande als erster westlicher Staat ihre Truppen aus Afghanistan ab. Financial Times Deutschland, Neue Chance für Afghanistan, 20. Juli 2010.

²⁷ UNAMA, The Communiqué of the London Conference, 28. Januar 2010.

Der Anteil ziviler Opfer hat erneut stark zugenommen. Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung gehen weiterhin von vier Quellen aus:

- von regierungsfeindlich eingestellten, bewaffneten Gruppierungen wie Taliban, *Hezb-e-Islami* von Gulbuddin Hekmatyar²⁸, Haqqani-Netzwerk²⁹ und anderen
- von regionalen Kriegsherren und Kommandierenden der Milizen
- von kriminellen Gruppierungen
- von Reaktionen der afghanischen und ausländischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen regierungsfeindliche Gruppierungen, insbesondere Bombardierungen

Gemäss Angaben der UNO forderten die gewaltsamen Auseinandersetzungen 2009 2412 Opfer unter der Zivilbevölkerung. 2009 war das blutigste Jahr seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001. Die Zivilbevölkerung leidet zusehends auch an den «Nebeneffekten» der Kriegshandlungen. Dazu gehört eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit, die den Zugang zu wichtigen Institutionen wie Gesundheitseinrichtungen und Schulen erschwert oder verunmöglicht. Am stärksten betroffen sind verletzte Personengruppen wie Kinder, Frauen und intern Vertriebene.³⁰

Die von Präsident Obama im Dezember 2009 beschlossene, erneute und massive Truppenaufstockung um 30'000 Soldaten führt zu einer weiteren Intensivierung der Kampfhandlungen und zu einer verstärkten «US-Amerikanisierung» der internationalen Truppen und des Krisenmanagements. Mit der schrittweisen Abgabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte und dem bereits 2011 beginnenden Truppenabzug, zielt jedoch Obamas Strategie auf eine «Afghanisierung» des Krieges hin.³¹

Taliban. Der zunächst stark von Paschtunen dominierten Bewegung ist es gelungen, zusehends Angehörige nicht-paschtunischer Volksgruppen einzubinden. Die Taliban versuchen zudem, lokale Kommandanten verschiedener Parteizugehörigkeit (Jamiat, Junbesh, Hezb-e Islami) sowie unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit (Tajiken, Usbeken und sogar Hazaras) anzuwerben.³² Aufgrund der Festnahme zahlreicher älterer und «moderater» Taliban ist eine Radikalisierung der Bewegung festzustellen: Ihre Nachfolger sind meist jung, radikaler und gewaltbereiter.³³

²⁸ Hekmatyars Hezb-e Islami ist die zweitgrösste regierungsfeindliche Gruppierung Afghanistans. Sie ist sehr viel schwächer geblieben als die Taliban, obwohl sie sowohl in technischer als auch in taktischer Hinsicht professioneller ist und sich seit 2006 stark ausgebreiten konnte. Die Hauptschwäche der Hezb-e Islami besteht in der unzureichenden Finanzierung und Logistik, die zur Abhängigkeit von den Taliban führt. Antonio Giustozzi, *Getting worse before getting better*, Juni 2009, S. 10.

²⁹ Das Haqqani-Netzwerk operiert entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze. Es gilt als das am stärksten pro-pakistanisch ausgerichtete Netzwerk und unterhält Verbindungen zur Al-Kaida. Es konnte sich relativ rasch auch in Regionen ausbreiten, die nicht zu seinem eigentlichen Gebiet (Loya Paktia) gehören. Experten gehen davon aus, dass das Haqqani-Netzwerk mehrere Teams von Selbstmordattentätern in die Hauptstadt entsandt hat. Antonio Giustozzi, *Getting worse before getting better*, Juni 2009, S. 7. NZZ online, Fünf Selbstmordattentäter in Kabul verhaftet, 8. April 2010: www.nzz.ch.

³⁰ UNAMA, Afghanistan: Annual report on protection of civilians in armed conflict, 2009, Januar 2010, Executive Summary und S. 1: <http://unama.unmissions.org>.

³¹ Center for Security Studies (CSS) ETH Zürich, *Strategic Trends 2010 – Key Developments in Global Affairs*, Februar 2010, S. 50: www.sta.ethz.ch/Strategic-Trends-2010.

³² Da es im Norden Tausende ehemalige Kommandanten gibt, ist das Destabilisierungspotenzial diesbezüglich enorm. Antonio Giustozzi, *Getting worse before getting better*, Juni 2009, S. 9.

³³ IRIN News, Taliban terror campaign steps up a gear in Kandahar, 12. Mai 2010: www.unhcr.org.

Die Taliban haben eine beträchtliche Fähigkeit entwickelt, sich lokalen Situationen anzupassen und in Stammesgebieten sorgfältig vorzugehen. Sie haben ihre Bewegung so stark wie möglich dezentralisiert und versuchen gleichzeitig, eine gewisse Kontrolle über ihre Fronten in ganz Afghanistan beizubehalten. Die Ausführung immer ausgereifterer Anschläge deutet darauf hin, dass neue Taktiken von der Führung nach unten weitergegeben werden.³⁴ Die zusehends komplexeren Operationen werden oft von mehreren gut koordinierten Teams und einzelnen SelbstmordattentäterInnen in Zusammenarbeit ausgeführt. Die meisten Opfer verursachen die Taliban mit ihren improvisierten Sprengsätzen (IEDs), aber auch gezielte Tötungen, Drohungen, Einschüchterungen, Entführungen, Exekutionen sowie Enthauptungen und Hängungen wurden registriert. Hinrichtungen fanden hauptsächlich im Süden, Südosten und in Zentralafghanistan statt.³⁵ Anfang Mai 2010 haben die Taliban die Operation «El Faath» («der Sieg») gegen Ausländer, das heisst gegen Diplomaten, ausländische Soldaten und Unternehmen, aber auch Mitglieder des afghanischen Parlaments sowie der afghanischen Regierung angekündigt.³⁶ Die US-Geheimdienste gingen im Dezember 2009 davon aus, dass die Taliban in 33 der 34 Provinzen Schattengouverneure eingesetzt haben.³⁷ Antonio Giustozzi schätzt, dass die Taliban nicht mehr als 70 bis 80 Millionen US-Dollar für ihre Bewegung ausgeben. Es deutet daher einiges darauf hin, dass sie finanzielle Reserven anlegen. Dies würde ihnen in Zukunft in Bezug auf ihre Finanzierungsquellen mehr Unabhängigkeit gewähren.³⁸

2009 führten die Taliban eine interne Restrukturierung durch und ein stärker auf Verdienste abgestütztes System ein. Durch die Exekution einiger unfolgsamer Taliban scheint sich die Disziplin verbessert zu haben. Mullah Omar versuchte in den letzten zwei bis drei Jahren, die Taliban auf eine moderate Linie zu bringen. Er gab im Juli 2009 einen neuen Verhaltenskodex bekannt, welcher Angehörige der Taliban dazu aufruft, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden und Selbstmordattentate einzuschränken. Damit zielte er wohl lediglich auf eine Imageverbesserung hin.³⁹

Afghanische Sicherheitskräfte. Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte kommt trotz hoher Priorität noch immer nur schleppend voran. Der chronische Mangel an Ausbildnern, der ungenügende Rekrutierungserfolg, falsche und mangelhafte Ausrüstung, schlechte Logistik, eine inkonsistente Führung sowie eine schlechte Moral schwächen sowohl die Afghanische Nationale Armee (ANA) als auch die Afghanische Nationale Polizei (ANP). Rund 70 bis 90 Prozent der Soldaten sollen gemäss Schätzungen von Experten nicht lesen und schreiben können. Zudem wird vermutet, dass ein hoher Anteil der Armeeingehörigen Drogen konsumiert. Neben der Justiz gilt die Polizei als die korrupteste Institution des afghanischen Staates.⁴⁰

³⁴ Antonio Giustozzi, Conclusions, in: Antonio Giustozzi (Ed.), *Decoding the New Taliban – Insights from the Afghan Field*, 2009, S. 293–295.

³⁵ UNAMA, Annual report, S. 10–12. Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010.

³⁶ Reuters, Taliban drohen mit Welle von Selbstmordanschlägen, 9. Mai 2010: <http://de.reuters.com>.

³⁷ Financial Times Deutschland, Taliban bauen Schattenregierung auf, 17. Februar 2010: www.ftd.de. UNAMA, Annual report, S. 1.

³⁸ Antonio Giustozzi, Conclusions, 2009, S. 296–297.

³⁹ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 17. UNAMA, Annual report, S. 2.

⁴⁰ International Crisis Group, Elections, 25. November 2009, S. 6. International Crisis Group, A Force in Fragments, 12. Mai 2010, S. i–iii, 2 und 16–19.

Die ANA wird immer wieder beschuldigt, an Entführungen, Erpressungen und Schmuggel beteiligt zu sein.⁴¹

Gemäss einem Bericht der *International Crisis Group* ist die ANA stark fragmentiert. Anhaltende strukturelle Mängel sowie eine starke ethnische und parteibezogene Fragmentierung, insbesondere des Verteidigungsministeriums, haben dazu geführt, dass die ANA noch immer kaum unabhängig operieren kann. Die rasche Erhöhung der Truppenzahl führte zu einer Reduzierung der Kampfqualität der Armee. Während im Mai 2009 noch 47 Einheiten als fähig, unabhängig zu operieren, bezeichnet wurden, waren es im September 2009 nur noch 44 und im Dezember 2009 noch 34. Die meisten ANA-Einheiten bleiben bis heute lediglich teilweise operationsfähig.⁴²

Dennoch verpflichtete sich die internationale Staatengemeinschaft an der Konferenz in London, den Ausbau der ANA bis Oktober 2011 auf 171'600 sowie der ANP auf 134'000 Personen zu unterstützen.⁴³ Wichtiger als die zahlenmässige Ausdehnung der Truppen wäre jedoch die Verbesserung der Qualität der bereits bestehenden Sicherheitskräfte. Zudem übersteigt der Bedarf an Rekruten deutlich die Möglichkeiten. Wird keine Langzeit-Verteidigungsstrategie entwickelt, besteht das Risiko, dass die ANA beim Rückzug der internationalen Truppen auseinanderbricht.⁴⁴

Ausländische Sicherheitskräfte. Im Juli 2010 befanden sich über 119'000 ausländische Truppen in Afghanistan.⁴⁵ Es ist ein rasanter Anstieg gefallener Nato-Soldaten zu verzeichnen: 2009 kamen 521 Soldaten ums Leben (2008: 295). 2010 fielen bereits 419 Soldaten.⁴⁶ Die Operation «Moshtarak» im Süden des Landes, die nur der Beginn einer grösser angelegten Operation sein sollte, gilt als gescheitert⁴⁷: Mehr als ein Drittel der 13 Distrikte der Provinz Helmand befinden sich auch nach der Operation noch unter der Kontrolle der Taliban, in den anderen Distrikten sind sie noch immer präsent.⁴⁸ Am 10. Juni 2010 gab General McChrystal die Verzögerung der Offensive «Hamkari» (Zusammenarbeit) in Kandahar bekannt; zuerst müsse das Vertrauen der Bewohner in der Provinz gewonnen werden.⁴⁹

Auf Seiten der internationalen Streitkräfte verursachten Luftangriffe die meisten Todesopfer unter der Zivilbevölkerung. Seit August 2009 fanden zwei Luftangriffe mit

⁴¹ General Assembly Security Council, 10. März 2010, S. 8.

⁴² Die ANA ist gemäss ICG in vier Fraktionen gespalten: Paschtunen sind mit dem Verteidigungsminister Abdul Rahim Wardak oder der Mahaz-e Mellii-e Islami Afghanistan alliiert, Tadjiken mit dem Chef der Armee, General Bismillah Khan, oder der Shuray-e Nazar, Usbeken mit Leutnant General Hamayoun Fouzi, dem Deputy Director für Personal und Ausbildung, und die Hazara mit Leutnant General Baz Mohammad Jawhari, Deputy Director des Verteidigungsministeriums für Material und Technologie. International Crisis Group, *A Force in Fragments*, 12. Mai 2010, S. i–iii, 10–11 und 21.

⁴³ UNAMA, *Communiqué of the London Conference*, 28. Januar 2010.

⁴⁴ International Crisis Group, *A Force in Fragments*, 12. Mai 2010, S. i–iii.

⁴⁵ ISAF-Website, 27. Juli 2010: www.isaf.nato.int.

⁴⁶ Operation Enduring Freedom, *Coalition Military Fatalities per year*, 8. August 2010: www.icasualties.org/oef/.

⁴⁷ Gemäss Bericht von ICOS glauben 67 Prozent der afghanischen Bevölkerung, dass die Nato und die afghanische Regierung den Krieg nicht gewinnen. 71 Prozent möchten, dass die Nato das Gebiet verlässt. 97 Prozent sagten, die Operation habe zu neuen Vertreibungswellen geführt, ohne dass den Vertriebenen durch die internationale Staatengemeinschaft genügend Hilfe geleistet wurde, und 95 Prozent denken, dass sich mehr junge Männer den Taliban angeschlossen haben. ICOS, *Operation Moshtarak: Lessons Learned*, März 2010.

⁴⁸ NZZ, *Gemischte Bilanz in Helmand*, 23. März 2010, S. 5.

⁴⁹ Focus online, *Nato räumt Rückschläge im Kampf gegen Taliban ein*, 10. Juni 2010: www.focus.de. Welt online, *Afghanistan wird zum Albtraum des Westens*, 13. Juni 2010.

hohen Opferzahlen statt: Am 4. September in Kunduz mit 74 getöteten Zivilpersonen⁵⁰ und am 21. Februar 2010 in Uruzgan mit 27 zivilen Opfern⁵¹. «Zwischenfälle» dieser Art haben das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die internationalen Truppen geschwächt. Zudem befinden sich Militärcamps oft in unmittelbarer Nähe bewohnter Gebiete, was bei Angriffen zu Opfern in der Zivilbevölkerung und zur Zerstörung der Existenzgrundlage vieler Menschen führt. Den internationalen Truppen fehlt ein kohärenter und konsistenter Mechanismus zur Untersuchung der Vorfälle sowie ein Rechenschafts- und Entschädigungssystem für Angehörige der Opfer.⁵²

Gemäss Angaben von *Human Rights Watch* wenden die internationalen Truppen bei Hausdurchsuchungen nach wie vor oft exzessive Gewalt an und gehen, insbesondere bei ihren nächtlichen Durchsuchungen, kulturell äusserst unsensibel vor. Dieses Verhalten hat auch 2010 in verschiedenen Teilen Afghanistans zu Demonstrationen gegen das Vorgehen der ausländischen Truppen geführt, so zum Beispiel am 12. Januar 2010 im Distrikt Garmsir, Provinz Helmand, oder Mitte Mai in der Provinz Nangarhar. Dabei beteiligten sich jeweils mehrere hundert bis tausend ZivilistInnen.⁵³

Lokale Kriegsherren und Milizen. Lokale Kriegsherren halten ihre starken Machtstellungen nach wie vor durch Einschüchterung und Gewaltanwendung gegenüber der Bevölkerung aufrecht.⁵⁴ Kriegsherren sowie lokale Kommandanten haben von der instabilen Lage, der vorherrschenden Gesetz- und Straflosigkeit sowie der Korruption reichlich profitiert und konnten sich durch illegale Machenschaften und Schmuggler-Netzwerke mit Millionen bereichern.⁵⁵

Der gescheiterte Versuch der Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprogramme sowie die Verbreitung von Waffen, welche Kabul aus dem Ausland erreichen, fördern die illegale Schattenwirtschaft und stärken bestehende Patronage-Netzwerke.⁵⁶ Die afghanische Regierung hat verschiedentlich versucht, lokale Milizen zu rekrutieren, um die Sicherheit in umkämpften Gebieten gewährleisten zu können. Auch die internationalen Streitkräfte unterstützen weiterhin lokal organisierte Milizen, die gegen die regierungsfeindlichen Gruppierungen vorgehen. In beiden Fällen bleibt unklar, wie diese Milizen kontrolliert werden sollen. In Wardak zeigten sich bei der Durchführung eines Pilotprojektes erste ernsthafte Schwierigkeiten.⁵⁷

Inzwischen ist bekannt, dass sogar die USA über die Vergabe zahlreicher Aufgaben an private Sicherheitsfirmen Schutzgelder an Warlords und indirekt sogar an die

⁵⁰ UNAMA, Annual report, S. 17–19.

⁵¹ Focus online, NATO-Luftangriff – über 20 zivile Opfer, 22. Februar 2010: www.focus.de. NZZ, Luftangriff in Afghanistan untersucht, 31. Mai 2010, S. 2.

⁵² UNAMA, Annual report, Executive Summary. Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

⁵³ Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010. Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Garmsir Protest Shows Taleban Reach, 14. Januar 2010: www.unhcr.org. Focus online, Grossdemonstration gegen Nato-Einsatz fordert acht Tote, 14. Mai 2010: www.focus.de.

⁵⁴ Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010.

⁵⁵ International Crisis Group, Elections, 25. November 2009, S. 15–18.

⁵⁶ International Crisis Group, A Force in Fragments, 12. Mai 2010, S. i–iii.

⁵⁷ UNAMA, Annual report, S. 3. Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 11.

Taliban bezahlen. Rund zwei Millionen US-Dollar sollen pro Woche von den USA in die Kriegskasse der Taliban fließen.⁵⁸

Sicherheit und Drogenhandel. Nach Angaben des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der UNO (UNODC) ist Afghanistan nicht nur der weltweit grösste Produzent von Opium, sondern auch von Haschisch. Insgesamt produziert Afghanistan jährlich zwischen 1500 und 3500 Tonnen der Droge. Haschisch wird in 17 der 34 Provinzen im grossen Stil angebaut.⁵⁹

Eine UNO-Studie hat ergeben, dass die Bemühungen, den Opiumanbau zurückzudrängen, in den letzten Jahren gescheitert sind. Nach zwei Jahren des Rückgangs hätten die Bauern wieder so viel Opium angebaut wie vorher. Die Vernichtungsoperationen der US-Streitkräfte sowie der Nato haben in erster Linie die betroffenen Bauern den Taliban in die Arme getrieben. Die USA distanzieren sich daher 2009 von dieser Politik. Mit der Operation «Moshtarak» gingen sie jedoch erneut gegen eine der zentralen Opiumgenden vor.⁶⁰

Die Sicherheitslage hat sich im Norden, Nordosten, den Zentral- und Westprovinzen drastisch verschlechtert. Die UNO-Organisationen hatten im April 2010 nur noch zu etwa 50 Prozent des Landes Zugang. Regierungsfeindliche Gruppierungen sind heute in der Lage, selbst Schlüsselpositionen im Stadtzentrum von Kabul anzugreifen.⁶¹

Osten und Süden. Weitverbreitete Ermordungen, Einschüchterungen und Bombenanschläge prägen die Sicherheitslage in den südlichen und östlichen Provinzen.⁶² Seit dem Beginn der Offensiven im Süden Afghanistans hat sich die Situation dort drastisch verschlechtert. In Helmand, Kunar, Ghazni, Kandhar und Khost ist die Sicherheitslage am schlechtesten. Die Strasse zwischen Lashkar Gah und Kandahar ist oft nicht passierbar.⁶³ Hekmatyars Hezb-e Islami, die vor allem im Osten und in einigen nördlichen Gebieten operiert, gilt neben den Taliban und dem Haqqni-Netzwerk als einer der härtesten Gegner der Regierung und der Nato-Truppen.⁶⁴ Die UNO hat als Reaktion auf die steigende Gewalt Ende April 2010 ihre ausländischen Mitarbeitenden vorübergehend aus der Provinz Kandahar abgezogen.⁶⁵ Dort befinden sich der Norden, der Osten und der Westen de facto unter Kontrolle der Taliban.⁶⁶

Norden. Die Sicherheitslage im Norden und Nordwesten Afghanistans hat sich seit August 2009 drastisch verschlechtert. Insbesondere entlang des Versorgungsweges

⁵⁸ Spiegel online, US-Militär zahlt Schutzgelder an Warlords, 22. Juni 2010: www.spiegel.de. NZZ, Kabul soll selbst für Sicherheit sorgen, 21. Juli 2010, S. 3.

⁵⁹ United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), Afghanistan cannabis survey 2009, April 2010: www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_Cannabis_Survey_2009.pdf. UNODC, Afghanistan leads in hashish production, 31. März 2010: www.unodc.org.

⁶⁰ Radio Free Europe/Radio Liberty, Afghanistan says ready if thousands flee assault, 10. Februar 2010: www.unhcr.org. ICOS, Operation Moshtarak: Lessons Learned, März 2010, S. 19–21.

⁶¹ Norwegian Refugee Council, April 2010, S. 8 und 15.

⁶² IRIN News, Taliban terror campaign steps up a gear in Kandahar, 12. Mai 2010.

⁶³ ICOS, Operation Moshtarak: Lessons Learned, März 2010, S. 19.

⁶⁴ Reuters, Afghanistan verhandelt mit Hesb-i-Islami-Aufständischen, 22. März 2010: <http://de.reuters.com>.

⁶⁵ NZZ, Ahmed Wali Karzai ist ein fragwürdiger Verbündeter, 4. Mai 2010, S. 7. IRIN News, Taliban terror campaign steps up a gear in Kandahar, 12. Mai 2010.

⁶⁶ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 18.

der ausländischen Truppen an der Grenze zu Tadjikistan finden zahlreiche Anschläge statt. Unter den getöteten Angreifern sollen sich oft Personen ausländischer Identität (Nordkaukasus) befinden.⁶⁷ Neben Kunduz hat sich die Lage auch in Faryab, Takhar, Baghlan (insbesondere auch die Strasse von Pul-e Khumri nach Mazar-e Sharif sowie von Badakhshan nach Kabul) verschlechtert.⁶⁸ Obwohl die meisten Rekruten der Taliban im Norden Paschtunen sind, ist es den Taliban gelungen, in den Provinzen Baghlan, Takhar und Badakhshan auch Tadschiken anzuwerben.⁶⁹ Die Nato-Truppen im Norden sollen massiv aufgestockt werden.⁷⁰

Westen. Den Taliban ist es in den Provinzen Herat und Baghdis gelungen, Paschtunen zu mobilisieren. Wichtiger dürfte jedoch der Umstand sein, dass sie es zudem geschafft haben, in Herat Stadt ehemalige tadschikische Kommandanten der Jamiat-e Islami zu rekrutieren.⁷¹ In Farah und Badghis hat sich die Lage verschlechtert. Im Rahmen der Vorbereitungen der Parlamentswahlen kam es in Herat zu Gewaltakten.⁷²

Kabul und Zentrum. Trotz der enormen Sicherheitsaufgebote ist es der afghanischen Regierung nicht gelungen, Anschläge im Rahmen der Friedensjirga und der Konferenz in Kabul zu verhindern. Regierungsfeindlichen Gruppierungen ist es inzwischen gelungen, sich auch in den Provinzen Wardak, Parwan, Kabul und Kapisa auszubreiten. Im Rahmen der Parlamentswahlen kam es zu Gewaltakten in Parwan. Kriminelle Banden und regierungsfeindliche Gruppierungen führen weiterhin auch in Kabul und Zentralafghanistan Entführungen zwecks Lösegelderpressung durch.⁷³

Pakistan. Gemäss einer Studie von Matt Waldman von *der London School of Economics* finanziert und trainiert Pakistan nicht nur die Talibankämpfer, sondern ist auch in der Quetta-Shura⁷⁴ vertreten und übt so einen erheblichen Einfluss auf die Operationen in Afghanistan aus. Dem Bericht zufolge wird die Unterstützung der Taliban auf der höchsten Ebene der zivilen Regierung Pakistans genehmigt. Weiter sei die Unterstützung der Taliban auch die «offizielle Politik» des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Spätestens jetzt dürfte klar sein, dass ohne eine Änderung der Haltung Pakistans in Afghanistan kein Fortschritt erzielt werden kann.⁷⁵ Den USA fehlt jedoch eine klare Strategie in Bezug auf Islamabad.⁷⁶

Das Vorgehen der pakistanischen Regierung und Sicherheitskräfte gegen die Taliban ist äusserst selektiv und ist fast ausschliesslich auf die pakistanischen Taliban ausgerichtet, wie etwa die Mehsud-Fraktion.⁷⁷ Die Verhaftung Baradars hat klar ge-

⁶⁷ EurasiaNet, Taliban operating close to Afghan-Tajik border, 6. Januar 2010: www.unhcr.org.

⁶⁸ ANSO, The ANSO Report Nr. 53, 1.–15. Juli 2010, und ANSO Quarterly Data Report, 1. Januar bis 30. Juni 2010: www.afgnso.org.

⁶⁹ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 5.

⁷⁰ Zeit online, Neuer Angriff auf Bundeswehr in Afghanistan, 16. Mai 2010: www.zeit.de.

⁷¹ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 9.

⁷² ANSO, ANSO Quarterly Data Report. ANSO, The ANSO Report Nr. 54, 16.–31. Juli 2010.

⁷³ Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010. ANSO, The ANSO Report Nr. 54.

⁷⁴ Die Quetta-Shura entspricht dem obersten Führungsrat, das heisst der Führung der Talibanbewegung.

⁷⁵ Matt Waldman, The Sun in the Sky: The relationship between Pakistan's ISI and Afghan Insurgents, Discussion Paper 18, London School of Economics, Crisis States Research Centre, Juni 2010: www.crisisstates.com/download/dp/DP%2018.pdf.

⁷⁶ CSS ETH Zürich, Strategic Trends 2010, Februar 2010, S. 48, 54.

⁷⁷ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 12. CSS ETH Zürich, Strategic Trends 2010, Februar 2010, S. 55–56.

zeigt, dass Pakistan nur dann gegen die afghanischen Taliban vorgeht, wenn es zu seinem Vorteil ist.⁷⁸ Alles deutet darauf hin, dass Pakistan auch künftig keine konstruktive Rolle in der Region spielen wird.⁷⁹

Aussicht. Die anlaufende Offensive «Hamkar» (Zusammenarbeit) in Kandahar wird kaum eine Wende im Kampf gegen die Taliban bringen. Wahrscheinlicher ist es, dass sie, wie bereits die Offensive in Helmand, den regierungsfeindlichen Gruppierungen signifikant Zulauf bescheren wird. Bei einer politischen «Lösung» des Konfliktes muss um jeden Preis verhindert werden, dass die Bevölkerung – insbesondere auch Frauen und Mädchen – das Gefühl erhalten, dass eingliederungswillige Kämpfer trotz begangener Gewalttaten als «Sieger» aus dem Konflikt hervorgehen. Ohne Versöhnungsprozess kann kein stabiler Frieden geschaffen werden.⁸⁰

4 Verfassung und Justizsystem

Es ist der afghanischen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft nicht gelungen, der afghanischen Bevölkerung Zugang zu gerechten Verfahren zu verschaffen. Das deutsche Auswärtige Amt bezeichnete den Stand der Justizreform als «unbefriedigend». Schwache Institutionen, ungeeignete Infrastruktur, zu wenig Ressourcen und Richter und Anwälte, die über keine angemessene Ausbildung weder in islamischem noch in säkularem Recht verfügen, gehören zu den Schwachstellen. Die auch im Justizwesen weit verbreitete Korruption, die Einmischung von lokalen Machthabern oder Familienangehörigen und die schlechte Kontrolle sowie fehlende Zeugenschutzprogramme tragen dazu bei, dass die Bevölkerung dem afghanischen Justizwesen mit tiefem Misstrauen gegenübersteht. Gerichtsverfahren erfüllen weiterhin die internationalen Standards nicht: Es kommt zu willkürlichen Festnahmen, Angeklagte haben kaum Zugang zu Rechtsvertretern und werden trotz unzureichender Beweismittel oder aufgrund von Aussagen unter Folter verurteilt.⁸¹

Rund 80 Prozent der Fälle werden von traditionellen Gerichten behandelt. Dazu gehören Stammesräte, aber auch Taliban-Gerichte, denen die afghanische Bevölkerung mehr Vertrauen entgegenbringt als den staatlichen Gerichten.⁸² Eine Studie der *Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU)* vom Dezember 2009 hat ergeben, dass Frauen zu gemeindebasierten Schlichtungsstellen eher Zugang haben als zu staatlichen Justizeinrichtungen. Sie sind jedoch stark paternalistisch geprägt, was sich für Frauen als Nachteil erweist.⁸³

⁷⁸ NZZ, Umstrittene Rolle Pakistans in Afghanistan, 25. März 2010, S. 3.

⁷⁹ NZZ, Pakistan bietet sich als Vermittler an, 26. Februar 2010, S. 3.

⁸⁰ ANSO, Quarterly Data Report, S. 2. Human Rights Watch, The Ten-Dollar Talib and Women's Rights, 2010: www.hrw.org/de/reports/2010/07/13/ten-dollar-talib-and-women-s-rights-0.

⁸¹ Finanznachrichten, Bundesregierung zieht Bilanz zur Justizreform in Afghanistan, 1. März 2010: www.finanznachrichten.de. Emily Winterbotham, The State of Transitional Justice in Afghanistan – Actors, Approaches and Challenges, AREU Discussion Paper, April 2010, S. 19: www.areu.org.af. Human Rights Watch, Afghanistan: Repeal Amnesty Law, 10. März 2010: www.hrw.org/en/news/2010/03/10/afghanistan-repeal-amnesty-law. Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

⁸² Finanznachrichten, Bundesregierung zieht Bilanz zur Justizreform in Afghanistan, 1. März 2010.

⁸³ Deborah J. Smith and Jay Lamey, A Holistic Justice System for Afghanistan, Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU), Policy Note Series, Dezember 2009: www.areu.org.af.

Der *Action Plan on Peace, Justice and Reconciliation* von 2005 lief im März 2009 aus. Die afghanische Regierung hatte wenig unternommen, diesen umzusetzen. Obwohl die meisten Ziele nicht erreicht wurden, verlängerte sie den Plan nicht. Dass die afghanische Regierung darin gescheitert ist, den Bedürfnissen der Opfer von Menschenrechtsverbrechen in einer Zeitspanne von über dreissig Jahren nachzukommen, hat den regierungsfeindlichen Gruppierungen in die Hände gespielt und trägt weiterhin zur Unsicherheit bei.⁸⁴

Das heftig umstrittene Amnestiegesetz, welches 2007 beide Häuser des afghanischen Parlaments passierte, wurde von der afghanischen Regierung Ende 2009 stillschweigend in Kraft gesetzt, obwohl Präsident Karzai mehrmals versprochen hatte, dies zu verhindern. Es gewährt nicht nur für die in den letzten 30 Jahren begangenen Verbrechen Straffreiheit. Die zeitliche Nähe zum Vorschlag Karzais, einen Fonds für die Wiedereingliederung der Taliban einzurichten, lässt darauf schliessen, dass das Gesetz auch für die gegenwärtig und in Zukunft verübten Gewalttaten zur Anwendung kommen soll. Angehörige regierungsfeindlicher Gruppierungen sollen sich bei einer allfälligen Aufgabe des Kampfes sicher fühlen, für ihre Straftaten nicht belangt zu werden.⁸⁵ Eine Studie der afghanischen Menschenrechtsorganisation AIHRC ergab, dass eine grosse Mehrheit der afghanischen Bevölkerung die Verfolgung der Straftaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wünscht. Zudem dürfte jeder «Friedensschluss» ohne Vergangenheitsbewältigung – und im Falle Afghanistans auch der Gegenwart – nur von kurzer Dauer sein. Mit der Unterstützung des Programms zur Wiedereingliederung der Taliban steht die internationale Staatengemeinschaft einmal mehr hinter den Kriegsherren und «versöhnungswilligen» Anhängern regierungsfeindlicher Gruppierungen und nicht hinter dem afghanischen Volk.⁸⁶

Sippenhaft. Gelegentlich werden Angehörige anstelle des Angeklagten verurteilt.⁸⁷

Taliban. Das Klima der Straffreiheit, das fehlende Vertrauen der Bevölkerung ins Justizsystem und die Frustration über die sehr langen Prozesse führen dazu, dass sich, insbesondere im Süden des Landes, Menschen zur schnellen Streitschlichtung an die Taliban wenden und die sehr strikte Auslegung der Shari'a in Kauf nehmen.⁸⁸

Todesstrafe. 2009 wurden 133 Personen von afghanischen Gerichten zum Tode verurteilt; 24 Urteile davon wurden vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Insgesamt warten mindestens 375 zum Tode verurteilte Personen auf ihre Hinrichtung.⁸⁹

Haftbedingungen. Trotz Anstrengungen seitens der Behörden erfüllen die Haftbedingungen die internationalen Standards nicht: Überfüllte Zellen, unzureichende sanitäre Anlagen, unangemessene Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Decken gehören zum Alltag. Kinder unter sechs Jahren müssen mit ihren Müttern im

⁸⁴ Emily Winterbotham, S. 7 und 30–31. Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010. IRIN, Justice action plan heading for oblivion, 14. April 2010: www.unhcr.org.

⁸⁵ Mit der Publikation in der Official Gazette (Nr. 965) Ende 2009 trat das Gesetz ohne Unterschrift des Präsidenten in Kraft. Emily Winterbotham, S. 9–10. IRIN News, Human rights under pressure, 25. März 2010: www.unhcr.org.

⁸⁶ Human Rights Watch, Afghanistan: Repeal Amnesty Law, 10. März 2010. Emily Winterbotham, S. 15–17.

⁸⁷ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Afghanistan, 11. März 2010.

⁸⁸ Emily Winterbotham, S. 12. Deborah J. Smith and Jay Lamey, A Holistic Justice System.

⁸⁹ Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

Gefängnis leben.⁹⁰ UNAMA zeigte sich besorgt über die Gefangenen, welche von den US-Streitkräften und dem afghanischen Geheimdienst NDS festgehalten werden. Über deren Haftbedingungen und Behandlung liegen kaum Informationen vor.⁹¹

Bagram. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) gab im Mai 2010 bekannt, dass es in Bagram neben dem offiziellen Gefängnis ein zweites Gefängnis der US-Streitkräfte gibt. In Bagram befinden sich geschätzte 700 Personen, die ohne Anklage oder Prozess auf unbestimmte Zeit interniert werden.⁹²

5 Menschenrechtslage: Gefährdungsprofile

Zu den durch staatliche, nicht-staatliche sowie internationale Akteure auch 2010 speziell gefährdeten Menschen zählen folgende Personengruppen:

MitarbeiterInnen von NGOs. Mitarbeitende von Hilfswerken sowie der UNO werden weiterhin bedroht, eingeschüchtert oder getötet. 2009 wurden 172 Anschläge auf NGOs und deren Mitarbeitende registriert, wobei es zu 19 Todesopfern kam; 59 Personen wurden entführt. Allein im März 2009 wurden 13 Hilfskonvois angegriffen und geplündert.⁹³ Am 28. Oktober 2010 wurden fünf Angehörige der UNO bei einem Anschlag auf ein Guesthouse getötet, woraufhin die UNO 600 Mitarbeitende aus Afghanistan abzog. Auch Personen, die am Strassenbau oder im Bereich der Minenräumung arbeiten, gehören zu den Zielen regierungsfeindlicher Gruppierungen.⁹⁴

JournalistInnen. Kritische Journalisten werden weiterhin an der Berichterstattung gehindert, bedroht, eingeschüchtert oder Opfer von Gewalt, was zunehmend zu Selbstzensur führte. Gemäss Angaben von *Human Rights Watch* wurden 2009 Dutzende von Journalisten von afghanischen Sicherheitskräften, einige davon ohne Anklage, für Tage, Wochen und Monate festgehalten. Regierungsfeindliche Gruppierungen gingen mit Einschüchterungen, Säureangriffen und Entführungen gegen kritische Journalisten vor. Zahlreiche internationale Journalisten wurden entführt, meist jedoch wieder freigelassen. Die Regierung hat es versäumt, die Ermordungen und die Angriffe auf Journalisten zu untersuchen.⁹⁵

Frauen. Afghanische Frauen, die sich im öffentlichen Leben engagieren, werden bedroht, schikaniert, diskriminiert, eingeschüchtert und angegriffen. Zahlreiche Frauen, die sich in der Öffentlichkeit engagiert haben, sind in den vergangenen Jahren umgekommen. Die afghanische Regierung hat es jedoch versäumt, die Mörder von Sitara Achakzai, Malalai Kakar, Zakia Zaki und Safia Amajan strafrechtlich zu verfolgen. 2010 wurden erneut zahlreiche Attentate auf Frauen verübt. Sowohl die

⁹⁰ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Afghanistan, 11. März 2010: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/sca/136084.htm.

⁹¹ UNAMA, Annual report, S. 5.

⁹² Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010. BBC, Red Cross confirms second jail at Bagram, 11. Mai 2010: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8674179.stm>.

⁹³ UNAMA, Annual report, S. 4. Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010. IRIN, Warning over heightened risk to NGO staff in 2010, 20. Januar 2010: www.unhcr.org.

⁹⁴ Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010. UNAMA, Annual report, Executive Summary. Ququos, Four Construction Workers Die in Paktika, 12. Juni 2010.

⁹⁵ Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010. UNAMA, Annual report, S. 14–15. Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

afghanische Regierung als auch die internationalen Truppen haben sich als unfähig erwiesen, Frauen, die ein öffentliches Amt bekleiden, angemessen zu schützen. In Gebieten, in denen regierungsfeindliche Gruppierungen an Macht gewinnen, nehmen die Restriktionen im Alltag der Frauen drastisch zu.⁹⁶

Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen ist in Afghanistan weit verbreitet, und Gewalt gegen Frauen bleibt gemäss AIHRC ein Hauptproblem. Frauen wurden Opfer häuslicher Gewalt, Entführungen, Vergewaltigung, sexueller Übergriffe sowie des Menschenhandels. Es gehört zur gängigen Praxis, Frauen und Mädchen zur Schlichtung von Streitigkeiten oder zur Begleichung von Schulden zu benutzen. Auch sind Zwangsverheiratungen von oft noch Minderjährigen weit verbreitet. Die Regierung war in den meisten Fällen nicht in der Lage, die Täter vor Gericht zu bringen.⁹⁷ Der Zugang zu Einrichtungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, wie Gesundheitszentren, bleibt Frauen oft verwehrt oder ist erschwert.⁹⁸ In den Provinzen Herat, Paktia und Kandhar haben die Fälle von Selbstverbrennungen und -vergiftungen stark zugenommen.⁹⁹

Im Gesundheitswesen tätige Personen. Anschläge auf Gesundheitseinrichtungen haben seit August 2008 stark zugenommen: Gesundheitseinrichtungen wurden niedergebrannt, geplündert oder mussten aufgrund von Androhungen geschlossen werden. Medizinisches Personal wurde eingeschüchtert, entführt oder getötet. Die meisten Vorfälle sind regierungsfeindlichen Gruppierungen zuzuschreiben. Die UNAMA berichtete jedoch auch von Vorfällen, bei denen die nationalen und internationalen Sicherheitskräfte die Neutralität von Gesundheitseinrichtungen missachtet haben, was einen ernsthaften Bruch mit internationalen Standards bedeutet.¹⁰⁰

Ehemalige Angehörige der DVPA/Regierung. Ehemals hochrangige DVPA-Mitglieder, die früher Menschenrechtsverbrechen begangen haben, müssen mit Verfolgung seitens betroffener Opfer rechnen.¹⁰¹

Minderheiten in einer Wohngegend. Ethnische Minderheiten werden diskriminiert und oft auch wirtschaftlich benachteiligt. Es kam zu Spannungen zwischen Paschtunen und Nicht-Paschtunen, aber auch Hazaras wurden diskriminiert.¹⁰² Im Rahmen der Präsidentschaftswahlen kam es im September 2009 in der Provinz Balkh zu Spannungen zwischen Paschtunen und Tadjiken. Usbeken und Hazara kamen von beiden Präsidentschaftskandidaten unter Druck.¹⁰³

⁹⁶ Human Rights Watch, *The Ten-Dollar Talib and Women's Rights*, S. 5, 24 und 33. Amnesty International, *Attack on Afghan female politician*, 8. April 2010. UNAMA, *Annual report*, S. 4.

⁹⁷ Amnesty International, *Report 2010*, 28. Mai 2010. AIHRC, *Annual Report*, S. 43–44.

⁹⁸ Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), *Global Overview of Trends and Developments in 2009 – Afghanistan*, 17. Mai 2010: www.unhcr.org/refworld/pdfid/4bf252560.pdf.

⁹⁹ IRIN, *Women's rights trampled despite new law*, 8. März 2010: www.unhcr.org/IWPR, *Female Suicide on rise in Herat*, 16. Juni 2010: www.iwpr.net. In Herat wurden in elf Monaten rund 90 Selbstverbrennungen registriert, 55 Frauen starben daran. Quqnoos, *Women Self-Immolation Surges in Paktia*, 14. April 2010: <http://quqnoos.com>.

¹⁰⁰ Special Representative of the Secretary-General for children and armed conflict, *Mission Report – 20.–26. Februar 2010*, S. 10: <http://unama.unmissions.org>. Norwegian Refugee Council, S. 6, 15. April 2010. Dabei handelte es sich um einen Luftangriff sowie Durchsuchungen oder Besetzungen von Gesundheitseinrichtungen. UNAMA, *Annual report, Executive Summary* und S. 12, 21–22.

¹⁰¹ UNHCR, *Eligibility Guidelines*, S. 29–30.

¹⁰² US Department of State, *2009 Human Rights Report: Afghanistan*, 11. März 2010.

¹⁰³ Minority Rights Group International, *State of the World's Minorities and Indigenous Peoples 2010 – Afghanistan*, 1. Juli 2010: www.unhcr.org.

Lehrkräfte und SchülerInnen. Die Gewalt gegen Schulen erreichte 2009 mit über 600 Anschlägen ihren Höhepunkt.¹⁰⁴ Insgesamt mussten 2009 aufgrund von Anschlägen regierungsfeindlicher Gruppierungen 458 Schulen, mehrheitlich im Süden des Landes, geschlossen werden.¹⁰⁵ Schulen wurden geplündert, zerstört und niedergebrannt. Lehrkräfte und SchülerInnen wurden bedroht, mit Säure bespritzt, mit Giftgas angegriffen und umgebracht.¹⁰⁶ 2010 wurden weitere Mädchenschulen in Kabul, Kunduz und Ghazni mit Gas angegriffen.¹⁰⁷

KonvertitInnen. In Afghanistan wird Konversion mit dem Tode bestraft.¹⁰⁸ Anfang Juni wurden internationale NGOs beschuldigt, afghanische MuslimInnen in grösserem Stil zum Christentum zu bekehren. Ein Verfahren diesbezüglich läuft noch.¹⁰⁹

Homosexuelle. Homosexuelle werden in Afghanistan mit dem Tod bestraft.¹¹⁰

Hindus, Sikhs und Angehörige der Baha'i. Nicht-Muslime werden im Alltag mit Diskriminierungen, Feindseligkeiten und Schikanen seitens der Gesellschaft konfrontiert und fühlen sich vom Staat nicht geschützt. Ein Teil des Sikh-Quartiers in Kart-e Parwan in Kabul wurde mit Bulldozern niedergedrückt. Der Schutzwall vor dem Gurdwara, der Gebetsstätte der Sikh, wurde ebenfalls zerstört.¹¹¹

Gemässigte Geistliche und Stammesführer. Angehörige der Taliban haben im Süden, Südosten und in Zentralafghanistan gezielt Stammesführer, Gemeindeälteste sowie regierungsfreundlich eingestellte Geistliche getötet, um die Unterstützung für die Regierung in diesen Gebieten zu schwächen und um die Stammesstrukturen regierungsfreundlich gesinnter Gruppen zu zerstören.¹¹²

Regierungsbeamte. 2009 kam es zur versuchten Ermordung hochrangiger Regierungsbeamten, darunter der Gouverneur von Kandahar, ein Parlamentsmitglied des Distrikts Paghman in Kabul, der Gouverneur von Farah, der ehemalige Vizepräsident Ahmed Zia Massud und der ehemalige Energieminister Ismael Khan.¹¹³ Zahlreiche prominente Regierungsbeamte wurden ermordet und Regierungsinstitutionen angegriffen,¹¹⁴ so in Lashkar Gah¹¹⁵, in Khost¹¹⁶, in Kandahar¹¹⁷ und in Nimruz¹¹⁸.

¹⁰⁴ UNAMA, UN Press Release: UN report welcomes Afghan Government's commitment to protect children from armed conflict, 2. Mai 2010: <http://unama.unmissions.org>.

¹⁰⁵ UNAMA, Annual report, S. 4. Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

¹⁰⁶ UN Educational, Scientific and Cultural Organisation, Education under Attack 2010 – Afghanistan, 10. Februar 2010: www.unhcr.org.

¹⁰⁷ Quqnoos, Girl Students Poisoned in Kabul, 21. April 2010. Reuters, Erneut Gasanschläge auf Mädchenschulen in Afghanistan, 26. April 2010. Quqnoos, 17 School Girls Poisoned in Kabul, 4. Mai 2010. Deutsche Welle, Wieder Giftgasanschlag auf afghanische Mädchenschule, 12. Juni 2010: www.dw-world.de. Quqnoos, Taliban Put Two Schools on Fire in Ghazni, 27. Juni 2010. NZZ online, Möglicher Gas-Anschlag auf afghanische Schule, 12. Juni 2010: www.nzz.ch.

¹⁰⁸ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Afghanistan, 11. März 2010.

¹⁰⁹ IRIN News, Proselytizing charges need fair investigation, 2. Juni 2010: www.irinnews.org.

¹¹⁰ UNHCR, Eligibility Guidelines, S. 14–16.

¹¹¹ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Afghanistan, 11. März 2010.

¹¹² UNAMA, Annual report, Executive Summary und S. 12–13. Gemäss Ministerium für Inneres wurden 2009 71 Geistliche durch Angehörige der Taliban umgebracht. Quqnoos, Afghan Tribal Leader Assassinated in Kandahar, 28. April 2010: <http://quqnoos.com>.

¹¹³ UNAMA, Annual report, S. 13–14.

¹¹⁴ IRIN News, Taliban terror campaign steps up a gear in Kandahar, 12. Mai 2010.

¹¹⁵ Institute for War and Peace Reporting, Taleban Raids Show New Battle Tactics, 1. Februar 2010: www.iwpr.net/report-news/taleban-raids-show-new-battle-tactics.

Personen der Polizei- und Sicherheitskräfte. Dazu gehören auch ehemalige Militärangehörige, Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes (NDS) und Personen, die für private Sicherheitsfirmen arbeiten. Auch Übersetzer, Lastwagenfahrer oder Sicherheitspersonal von Militärbasen waren gefährdet, angegriffen und getötet zu werden.¹¹⁹

RückkehrerInnen. Insbesondere zurückkehrende intern Vertriebene wurden 2009 vermehrt zur Zielscheibe von Angriffen regierungsfeindlicher Gruppierungen, da sie oft als «Spione» der Regierung verdächtigt werden.¹²⁰ Entführungen reicher Afghanen blieben ein ernsthaftes Problem. Entführungen sind in den südlichen, östlichen und zentralen Regionen häufig und tragen wesentlich zur unsicheren Lage bei. Ausgeführt werden Entführungen von kriminellen Banden, aber auch von regierungsfeindlichen Gruppierungen. Die ANP scheint weitgehend unfähig oder unwillig, gegen Entführungen vorzugehen.¹²¹

Kinder. Gemäss Angaben des *US Department of State* werden in Afghanistan jährlich zahlreiche Kinder Opfer von Menschenhandel. Mädchen und Knaben werden zur Prostitution oder zur Arbeit gezwungen. Knaben werden oft Opfer des so genannten «bache bazi» (Knaben, die quasi als Sklaven von mächtigen Männern gehalten werden). Da es sich dabei um ein Tabuthema handelt, unternimmt die afghanische Regierung kaum etwas, um die sexuelle Gewalt gegen Kinder zu bestrafen. Kinder werden zudem von professionellen Bettler-Ringen zum Betteln gezwungen.¹²²

In allen Teilen des Landes gab es Berichte über die Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Bewegungen, vor allem jedoch im Süden, Südosten und den östlichen Regionen. Gefährdet sind insbesondere Kinder intern Vertriebener sowie Kinder isolierter Bevölkerungsteile. Die Taliban setzen weiterhin auch Kinder als Selbstmordattentäter ein. Sowohl ANA als auch ANP versuchen, die Rekrutierung Minderjähriger aktiv zu verhindern.¹²³

6 Sozioökonomische und medizinische Lage

Afghanistan ist 2010 das zweitärmste Land der Welt. Gemäss Angaben der *Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU)* lebt im April 2010 weiterhin über ein Drittel der afghanischen Bevölkerung in Armut.¹²⁴ Es sterben mehr Menschen an den

¹¹⁶ NZZ online, Skepsis Gates' zu Afghanistan, 9. März 2010: www.nzz.ch.

¹¹⁷ Reuters, Attentäter greifen Geheimdienstbüro in Afghanistan an, 12. April 2010: <http://de.reuters.com>.

¹¹⁸ Quqnoos, Nimroz Bombings Kill Shura Member, 5. Mai 2010: <http://quqnoos.com>.

¹¹⁹ UNAMA, Annual report, Executive Summary und S. 11–12. Focus online, Autobomben-Anschlag auf Nato-Stützpunkt, 3. Mai 2010: www.focus.de. Quqnoos, Suicide Bombers Target Police Station, 17. Mai 2010: <http://quqnoos.com>.

¹²⁰ IDMC, Global Overview, 17. Mai 2010.

¹²¹ Human Rights Watch, Country Summary, Januar 2010.

¹²² United States Department of State, Trafficking in Persons Report 2010 – Afghanistan, 14. Juni 2010: www.state.gov/g/tip/rls/tiprpt/2010/142759.htm. Special Representative, 20.–26. Februar 2010, S. 9.

¹²³ United States Department of State, Trafficking in Persons Report 2010, 14. Juni 2010. UNAMA, Annual report, S. 4. Dies ist jedoch aufwendig, da weniger als 10 Prozent der Bevölkerung über einen Geburtsschein verfügen. Special Representative, 20.–26. Februar 2010, S. 3–6.

¹²⁴ Emily Winterbotham, S. 3. Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

Folgen der Armut als an den direkten Folgen der bewaffneten Konflikte. Geschätzte 1,2 Millionen Kinder und 550'000 schwangere und stillende Frauen sind akut von Unterernährung, ansteckenden Krankheiten und einer sehr unsicheren Existenzgrundlage bedroht.¹²⁵ Der Zugang zu Lebensmitteln, Wasser und Unterkünften hat sich aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen, insbesondere im Süden und Südosten des Landes, massiv verschlechtert.¹²⁶ In Kabul konnte die Regierung mit der Urbanisierung, insbesondere was die sanitären Bedingungen betrifft, nicht Schritt halten; die Lage wird zunehmend besorgniserregend.¹²⁷

Zugang zu Arbeit. Gemäss Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrates beträgt die Arbeitslosenquote in Afghanistan 2010 rund 40 Prozent. Betroffen sind vor allem afghanische Jugendliche, die wegen des fehlenden Einkommens zudem nicht heiraten und eine Familie gründen können. Sie werden dadurch zu einer der verletzlichsten Gesellschaftsgruppen. Rund 80 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten im Landwirtschafts- und Viehbereich. Die Haupteinnahmequelle des Landes bleibt jedoch die Schattenwirtschaft, insbesondere der Drogenanbau und -schmuggel, der zumindest während der Erntezeit vielen Afghanen eine Beschäftigung bietet. Wegen der fehlenden Investitionen wird die Schattenwirtschaft auch in Zukunft eine wichtige Einnahmequelle bleiben.¹²⁸ Das Versprechen, wiederingliederungswilligen Taliban eine Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, scheint schlicht nicht realistisch.¹²⁹

Zugang zu Unterkünften. Die Zerstörung von Wohnhäusern während des Krieges, aber auch die heutigen Militäroperationen, Naturkatastrophen sowie die illegale Besetzung von Häusern durch lokale Machthaber oder Kommandierende haben zu Wohnungsknappheit geführt. Die Rückkehrströme sowie die zunehmende Migration in die grösseren Städte haben die Wohnungslage noch zusätzlich verschärft. RückkehrerInnen, IDPs und Haushalte, die von einer Frau angeführt werden, sind überdurchschnittlich von fehlenden Unterkünften betroffen.¹³⁰ 2009 und auch 2010 haben viele Familien aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen, insbesondere im Süden des Landes, ihren Besitz sowie ihre Unterkunft verloren.¹³¹

Zugang zu Trinkwasser und Lebensmittel. Lebensmittelknappheit ist in weiten Teilen Afghanistans endemisch. Naturkatastrophen, jahrelange Trockenheit, hohe Lebensmittelpreise und der bewaffnete Konflikt haben die Versorgungslage weiter verschärft. Im Januar 2009 waren 7,3 Millionen AfghanInnen akut von Hungersnot bedroht. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist chronisch schlecht ernährt. Im Verlaufe des Jahres 2009 hat das *World Food Programm* der UNO für 4,4 Millionen Menschen, darunter 80'000 IDPs und RückkehrerInnen, Lebensmittel geliefert.¹³² Ge-

¹²⁵ UN News Service, Human rights abuses exacerbating poverty in Afghanistan, UN report finds, 30. März 2010: www.unhcr.org. UNICEF Press Release: UNICEF appeals for US\$ 28 million to assist Afghan children and women affected by emergency, 4. Februar 2010: www.unhcr.org.

¹²⁶ Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010. UNAMA, Annual report, S. 4. ICRC, Our World Views from the Field – Afghanistan. Opinion Survey, 2009, S. 8.

¹²⁷ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 13.

¹²⁸ Norwegian Refugee Council, 15. April 2010. Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 1–2.

¹²⁹ ICOS, Operation Moshtarak: Lessons Learned, März 2010, S. 12.

¹³⁰ Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 6.

¹³¹ IDMC, Global Overview, 17. Mai 2010.

¹³² Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 6–8.

mäss UNO haben nur gerade 22 Prozent der afghanischen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser.¹³³

Zugang zu Bildung. Gemäss Angaben des Erziehungsministers besuchten im März 2010 landesweit fast acht Millionen Kinder, darunter 40 Prozent Mädchen, die Schule. Rund fünf Millionen Kinder konnten allerdings nicht zur Schule gehen, was ungefähr 43 Prozent der Kinder im Schulalter entspricht. Teils war dies auf die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Familien zurückzuführen, teils auf die Angst der Eltern, ihre Kinder bei einem Anschlag zu verlieren, und teils, weil die Schulen geschlossen wurden. In den Konfliktgebieten mussten 50 bis 80 Prozent der Schulen geschlossen werden.¹³⁴

Zugang zu medizinischer Versorgung. Die medizinische Versorgung ist gemäss dem deutschen Auswärtigen Amt «völlig unzureichend und in etlichen Landesteilen [...] nahezu nicht existent».¹³⁵ Mehr als ein Viertel aller Kinder stirbt vor Erreichen des fünften Lebensjahres (257 von 1000). Von 1000 Kindern sterben 165 bereits in ihrem ersten Lebensjahr – mehr als an allen anderen Orten auf der Welt.¹³⁶ Afghanistan hat zudem mit 1800 Frauen auf 100'000 Geburten die zweithöchste Müttersterblichkeitsrate der Welt.¹³⁷ Lediglich bei 14 Prozent der Geburten ist ausgebildetes Gesundheitspersonal zugegen. Zudem leiden Erwachsene wie Kinder an einer breiten Palette psychischer Erkrankungen.¹³⁸ Aufgrund der harten Lebensbedingungen und der fehlenden Behandlungsmöglichkeiten greifen viele AfghanInnen zur Selbstmedikation mittels Drogen, um ihr tägliches Leid zu lindern. Die Zahl der Drogenabhängigen ist in den letzten fünf Jahren rasant angestiegen (53 Prozent bei Opium- und 140 Prozent bei Heroinabhängigen).¹³⁹

Land. Die Regierung hat sich als unfähig erwiesen, den vielen Menschen zu ihrem Land zu verhelfen, welches ihnen unrechtmässig genommen wurde. Gemäss Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrates bilden der Zugang zu Land und die Landlosigkeit weiterhin eines der Haupthindernisse für eine Rückkehr. Ungenügende Dokumentation von Landbesitz, mehrfache Ansprüche auf dasselbe Landstück sowie Korruption in der Justiz verhindern eine Lösung.¹⁴⁰

Minderheiten. Mitglieder des afghanischen Parlaments haben die Regierung erneut darauf hingewiesen, dass der Konflikt zwischen Kuchis und Bewohnern der Provinz Maidan Wardak gelöst werden müsse, da es erneut zu Auseinandersetzungen gekommen war. In Städten wie Herat und Mazar-e Sharif haben die Rückkehrströme seit 2002 zu einer Verschiebung der ethnischen Zusammensetzung und damit zu Konflikten zwischen Ethnien geführt.¹⁴¹

¹³³ Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

¹³⁴ Special Representative, 20.–26. Februar 2010, S. 10. Quqnoos, No School for 5 Million Afghan Children, 7. März 2010: <http://quqnoos.com>.

¹³⁵ Auswärtiges Amt, Reisehinweise, 3. August 2010 (28. Juli 2010): www.auswaertiges-amt.de.

¹³⁶ Radio Free Europe/Radio Liberty, Afghan children face world's worst conditions, 18. März 2010: www.unhcr.org.

¹³⁷ Radio Free Europe/Radio Liberty, Afghan children face world's worst conditions, 18. März 2010.

¹³⁸ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Afghanistan, 11. März 2010.

¹³⁹ UNODC, UNODC Reports Major Drug Abuse in Afghanistan, 21. Juni 2010: www.unama.org.

¹⁴⁰ Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 7. Quqnoos, Karzai Emphasizes Fight Against Corruption and Insurgency, 19. Mai 2010: <http://quqnoos.com>.

¹⁴¹ Quqnoos, Afghan MPs Warn the Afghan Government, 23. Mai 2010: <http://quqnoos.com>. In Herat lebten früher beispielsweise kaum Hazara. Seit 2002 sind ganze Ströme von Hazara aus Iran zu-

Humanitäre Krisen. Die sich zunehmend verschlechternde Sicherheitssituation hat zusammen mit den zahlreichen Naturkatastrophen wie Lawinen¹⁴², Erdbeben¹⁴³, Dürren und Fluten¹⁴⁴, welche Afghanistan immer wieder heimsuchen, den Grossteil der afghanischen Bevölkerung extrem verletztlich gemacht. Der andauernde Konflikt führt dazu, dass vielen Menschen keine Hilfe geleistet werden kann, da zahlreiche Gebiete nicht mehr zugänglich sind.¹⁴⁵

7 Rückkehr

Freiwillige Rückkehr. Aufgrund der schlechten Sicherheitslage in Afghanistan sowie politischen Spannungen konnte das UNHCR anstelle der geplanten 140'000 Flüchtlinge lediglich geschätzten 57'000 Personen bei der Rückkehr nach Afghanistan helfen.¹⁴⁶ Die Zahl der freiwilligen Rückkehrer ist 2009 auf den tiefsten Stand seit 2002 gefallen. Einige der Flüchtlinge konnten nicht an ihren Wohnort zurückkehren, da ihr Land oder Besitz von lokalen Milizen, die mit der Regierung verbunden sind, besetzt wurde. Im April 2010 befanden sich noch immer geschätzte 1,78 Millionen registrierte afghanische Flüchtlinge in Pakistan und 980'000 in Iran. In der Schweiz und in Deutschland sind die Asylgesuche afghanischer Staatsangehöriger 2009 stark angestiegen.¹⁴⁷

Situation der Rückkehrer. Gemäss UNHCR sehen sich 46 Prozent der RückkehrerInnen mit Unterkunftsproblemen konfrontiert, und 28 Prozent verfügen über kein stabiles Einkommen.¹⁴⁸ Viele RückkehrerInnen haben sich am Rande der Stadt Kabul in informellen Siedlungen niedergelassen, wo sie oft keinen Zugang zu Elektrizität, sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen haben. Auch Minen gehören zu den Faktoren, die Menschen an einer Rückkehr hindern. Das Zentrum für Minensäuberung der UNO gab an, dass die höchste Anzahl der Minenopfer Rückkehrer oder intern Vertriebene seien.¹⁴⁹ Viele RückkehrerInnen sind in den Lagern drogenabhängig geworden und haben sich mit HIV/Aids infiziert.¹⁵⁰

rückgekehrt und haben sich in Herat-Stadt niedergelassen. Dies hat in einigen Teilen der Stadt zu ethnischen Spannungen geführt. Auch in Mazar-e Sharif ist der Anteil der Hazara an der Bevölkerung seit der Rückkehr stark gestiegen. Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 13.

¹⁴² Mitte Februar 2010 kamen am Salang-Pass beim bisher schwersten Lawinenunglück in der jüngeren Geschichte Afghanistans mehr als 170 Menschen ums Leben. Im März 2010 wurden bei einem weiteren Lawinenunglück in der Provinz Badakhshan im Nordosten Afghanistans mindestens 35 Menschen getötet. Reuters, Lawinen verschütten Tunnel in Afghanistan – Viele Tote, 9. Februar 2010: <http://de.reuters.com>.

¹⁴³ Am 10. April 2010 sind in der Provinz Samangan mindestens sieben Menschen bei einem Erdbeben der Stärke 5,3 ums Leben gekommen. Focus online, Tote bei Erdbeben in Afghanistan, 19. April 2010: www.focus.de.

¹⁴⁴ Im Frühling 2009 betrafen Fluten in Nord-, Ost- und Westafghanistan rund 22'000 Haushalte. Bei einer Überflutung im August 2009 waren in Jalalabad geschätzte 4000 Menschen betroffen. Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 6.

¹⁴⁵ UNAMA, Seven Million Afghans to benefit from 2010 Humanitarian Action Plan, 17. Februar 2010: <http://unama.unmissions.org>.

¹⁴⁶ UNHCR, UNHCR Global Report 2009, 1. Juni 2010: www.unhcr.org/refworld.

¹⁴⁷ Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010. Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 4. AFP, Zahl der Asylbewerber deutlich angestiegen, 10. Juli 2010: www.google.com. BFM, Migrations Report 2009, Juni 2010: www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/dokumentation/berichte.html.

¹⁴⁸ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 13.

¹⁴⁹ Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 6.

¹⁵⁰ US Department of State, 2009 Human Rights Report: Afghanistan, 11. März 2010.

Innerstaatliche Fluchtalternative. UNHCR hielt im Juli 2009 fest, dass in Afghanistan kaum staatlicher Schutz vorhanden ist und in zahlreichen Fällen Regierungsbeamte selber beschuldigt werden, Gewalt angewandt oder Verstösse gegen Menschenrechte begangen zu haben. Nicht-staatliche Akteure können ihre Opfer auch über ihren Machtbereich hinaus verfolgen oder stehen oft in Beziehung zur Regierung oder den Behörden. Zudem ist für eine rückkehrende Person ein starkes Familien-, Sozial- oder Stammesnetz von grundlegender Bedeutung. Ohne dieses kann eine Person in der heutigen Situation nicht überleben.¹⁵¹

Asylsuchende in der Schweiz/Behördenpraxis. Von Januar bis Ende Juli 2010 haben 368 AfghanInnen ein Asylgesuch eingereicht. Ende Juli 2010 befanden sich 1924 Personen im Asylprozess, 1107 Personen verfügen über eine vorläufige Aufnahme. Die Gesuche von 808 Personen sind noch hängig.¹⁵²

Rückkehrhilfeprogramm. Da für Afghanistan kein Rückkehrhilfeprogramm existiert, können Rückkehrende nur die individuelle Rückkehrhilfe beantragen.

Situation der intern Vertriebenen (IDPs). Nach Schätzungen des UNHCR und des afghanischen Ministeriums für Flüchtlinge und Rückkehrer (MoRR) leben in Afghanistan 2010 rund 240'000 Personen als intern Vertriebene. Weitere 89'000 Menschen wurden wegen Naturkatastrophen zu intern Vertriebenen.¹⁵³ Tausende von Personen leben in notdürftig aufgestellten Camps in Kabul und Herat, die weder über eine angemessene Unterkunft noch über genügend Lebensmittel, Trinkwasser, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen verfügen.¹⁵⁴ Alleinstehende Frauen sind besonders verletzlich, da sie von sozialen und wirtschaftlichen Diensten ausgeschlossen werden.¹⁵⁵ Laut ICOS erhielten intern Vertriebene der Operation «Moshtarak» unzureichende Unterstützung, was zu Wut und Frustration bei der betroffenen Bevölkerung führte.¹⁵⁶ Die Flüchtlingslager in Kandahar und Helmand sind als Rekrutierungszentren der Taliban bekannt.¹⁵⁷

Aufnahmekapazität: Gemäss Angaben des Ministeriums für Flüchtlinge und Rückkehrer hat Afghanistan nicht mehr die Kapazität, weitere Rückkehrer aufzunehmen, da die afghanische Regierung nicht in der Lage ist, diesen Grunddienstleistungen zur Verfügung zu stellen und die Infrastruktur für noch mehr Rückkehrer nicht vorhanden ist.¹⁵⁸

¹⁵¹ UNHCR, Eligibility Guidelines, Juli 2009, S. 11–12 und 53–55.

¹⁵² Bundesamt für Migration (BFM), Asylstatistik Juli 2010: www.bfm.admin.ch.

¹⁵³ Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 3–4. IDMC, Global Overview, 17. Mai 2010.

¹⁵⁴ Amnesty International, Report 2010, 28. Mai 2010.

¹⁵⁵ Norwegian Refugee Council, 15. April 2010, S. 3–4. IDMC, Global Overview, 17. Mai 2010.

¹⁵⁶ ICOS, Operation Moshtarak: Lessons Learned, März 2010, S. 2, 3, 14–15.

¹⁵⁷ Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 14.

¹⁵⁸ Afghanistan Independent Human Rights Commission, Report on the Situation of Economic and Social Rights in Afghanistan – IV, Dezember 2009, S. 21: www.aihrc.org.af. International Crisis Group, Afghanistan: What now for Refugees?, Asia Report Nr. 175, August 2009, S. 22: www.crisisgroup.org.